

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Katja Langer - RefL 0650
Frau Carolin Niemann - AbtL 66.2
Herr Timo Weichsler - RefL 0660
Herr Oliver Gantz - StL 66.13
Frau Vanessa Vinke - FB 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref 0600
Frau Pauline Becker - Ref 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS bis 18:27 Uhr

sachkundige Bürger

Frau Susanne Schroth - - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD	entschuldigt
Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD	entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt
Herr Uwe Mickler - Polizei Braunschweig	entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - FBL 65 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
 - 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.04.2024 (öffentlicher Teil)
 - 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.05.2024 (öffentlicher Teil)
 - 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.06.2024 (öffentlicher Teil)

5	Mitteilungen	
5.1	Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2023	24-23696
5.2	Mobilitätsentwicklungsplan - Basisszenario 2035	24-24182
5.3	14. Kompaktbericht Stadtbahnausbau	24-24227
5.4	TG Packhof Sachstand - Mitteilung	24-24277
5.5	Mündliche Mitteilungen	
6	Anträge	
6.1	Erweiterung Pilotprojekt Fahrradpiktogramme	24-23916
6.2	Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen	24-24242
6.3	Umbau Ölper Kreuz	24-24273
6.3.1	Umbau Ölper Kreuz	24-24273-01
7	Ideenportal - Sichere Überquerungsmöglichkeit am Campus Forschungsflughafen	23-22444
7.1	Ideenportal - Sichere Überquerungsmöglichkeit am Campus Forschungsflughafen	23-22444-02
8	Ideenplattform - Idee: Leerstände für Fahrradabstellmöglichkeiten nutzen	24-23869
9	Sanierung der Ernst-Böhme-Straße zwischen Hansestraße und Wendener Weg	24-24107
10	Anfragen	
10.1	Fahrradparken am Hauptbahnhof	24-24270
10.1.1	Fahrradparken am Hauptbahnhof	24-24270-01
10.2	Kampagne "Mehr Miteinander... BITTE"	24-24269
10.2.1	Kampagne "Mehr Miteinander... BITTE"	24-24269-01
10.3	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Tegethoff durch Ratsherr Sommerfeld vertreten wird und Bürgermitglied Schroth sowie Herr Mickler entschuldigt fehlen. Als Gäste der Sitzung begrüßt Sie Herrn Gerdinard (Polizei Braunschweig) und Herrn Amme (WVI GmbH), die zu TOP 5.1 bzw. TOP 5.2 an der Sitzung teilnehmen. Die Mitteilung 24-24277 soll in der Tagesordnung vorgezogen werden, da die vorgesehene Beratung unter TOP 5.4 für Stadtrat Herlitschke zu einem Terminkonflikt führen kann.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.04.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.05.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.06.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Mitteilungen

5.1. Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2023

24-23696

Herr Gerdinard stellt den Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen im Jahr 2023 anhand einer Präsentation vor und beantwortet Nachfragen.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster nimmt ab 15:13 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung, die Berichte der Unfallkommission aus den Jahren 2022 und 2023 auf der Internetseite der Stadt Braunschweig zu ergänzen.

Protokollnotiz: Die beiden Berichte wurden ergänzt: https://www.braunschweig.de/e-been/stadtplan_verkehr/radverkehr/uko-fahrradunfaelle.php

Ratsherr Sommerfeld thematisiert die als Unfallschwerpunkt identifizierte Fahrradstraße Sophienstraße und die empfohlene Überprüfung gemäß des städtischen Konzepts für Qualitätsstandards für Fahrradstraßen und -zonen. Auf seine Nachfrage unter Bezugnahme auf die Stellungnahme 22-18785-01 verweist Stadtbaurat Leuer auf die abgeschlossene Erarbeitung der Qualitätsstandards für Fahrradstraßen. Die Umsetzung vor Ort habe bislang noch nicht abgeschlossen werden können. Grundsätzlich stellt Stadtbaurat Leuer fest, dass die Fahrradstraßen in Braunschweig einen höheren Standard aufweisen, als die vom Verwaltungsgericht Hannover in einem Verfahren beurteilten Fahrradstraßen in Hannover. Hinsichtlich der Markierung und Kennzeichnung von Fahrradstraßen sei die Verwaltung in den vergangenen Jahren proaktiv tätig geworden oder habe auf Hinweise der Stadtbezirksräte reagiert.

Zur Kritik von Ratsherr Sommerfeld, die Verwaltung habe mitgeteilt, für den Stadtbezirk Westliches Ringgebiet würden keine Haushaltsmittel zur Optimierung der Piktogramme in Fahrradstraßen zur Verfügung stehen, sagt Stadtbaurat Leuer eine Klärung zu.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zum Bau der Radverkehrsanlagen in der Straße Am Theater informiert Stadtbaurat Leuer zum Sachstand. Die Verwaltung plane einen Bau im Jahr 2025. Allerdings sei diese Planung bei der Gesamtkoordinierung aller Tiefbauvorhaben noch zu betrachten und abzustimmen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-23696 wird zur Kenntnis genommen.

5.4. TG Packhof Sachstand - Mitteilung

24-24277

Stadtrat Herlitschke führt in die Mitteilung 24-24277 ein.

Ratsherr Köster erinnert an die vom Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e. V. (AAI) im Nachgang des vorletzten verkaufsoffenen Sonntags geäußerte Sorge über eine rückläufige Besucherfrequenz in der Innenstadt. Er fragt unter Bezugnahme auf die in der Pressemitteilung des AAI vom 2. September 2024, ob die vorgeschlagene Kompensationsmaßnahme, das Kurzzeitparken nicht erst in der Adventszeit anzubieten, von der Hochbauverwaltung noch umgesetzt wird.

Stadtrat Herlitschke kündigt an, das Kurzzeitparken - in Abhängigkeit vom Genehmigungsverfahren - im November anzubieten.

Ratsherr Pohler bittet um Begründung, weshalb trotz der geringen Nutzung des Wollmarktes als Parkplatz im vergangenen Jahr nun das Schulgrundstücks der Helene-Engelbrecht-Schule für eine Parkplatznutzung an den Advents-Samstagen zur Verfügung gestellt werde.

Stadtrat Herlitschke erläutert, dass das Schulgrundstück der Helene-Engelbrecht-Schule ein Zusatzangebot darstelle. Die Verwaltung erhoffe sich hiervon im Gegensatz zum Wollmarkt eine größere Akzeptanz.

Ratsherr Dr. Plinke hebt die große Nachfrage nach dem Veranstaltungsticket im Vorjahr hervor und bittet die Verwaltung um Auskunft zu den Gesamtkosten für diese Maßnahme.

Protokollnotiz: Die Kosten für die Interimslösung mit den Maßnahmen P + R Messegelände-BSVG und Wollmarkt betrugen 10.854 Euro brutto.

Die Personalkosten und die Umsetzung des P + R Messegeländes – BSVG, der Druck und

die Gestaltung von 8.000 Bändchen in verschiedenen Farben sowie der Druck, die Gestaltung und die Verteilung von Flyern für die Erreichbarkeit der Innenstadt (P + R, Wollmarkt, Parkhäuser/Tiefgaragen) waren darin enthalten. Für das Bändchen wurde 1 Euro pro Person berechnet.

Die Aufstellung für die Interimskosten in 2024 kann die Verwaltung erst nach Vorliegen der Angebote vornehmen. Dies wird voraussichtlich Anfang November 2024 sein.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24277 wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Mobilitätsentwicklungsplan - Basisszenario 2035

24-24182

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 24-24182.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Schröter erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass die Analysefälle 2018 und 2016 in der Qualität keinen Unterschied aufweisen. Er ist der Auffassung, dass der Analysefall 2016 deutlich besser sei, weil hiermit ein aktualisiertes und langjährig erprobtes Modell zur Verfügung stehe. Den Ergebnissen vom Analysefall 2018 lag das unkalibrierte Verkehrsmodell zugrunde.

Stadtbaudirektor Leuer informiert auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke, dass die SRV-Erhebung bei dem mit dem Regionalverband entwickelten Modell Berücksichtigung finden werde. Das Verkehrsmodell enthält zudem alle von den Ratsgremien beschlossenen Wohn- und Gewerbeentwicklungen sowie Infrastrukturmaßnahmen aus den Handlungsfeldern Verkehr, Radverkehr und ÖPNV mit Umsetzungsziel 2035. Darüber hinaus erklärt er, dass die Verwaltung das neue Handbuch „Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs“ berücksichtigt habe. Im Ergebnis ist in der Modellierung eine aus seiner Sicht realistische Annahme entstanden.

Herr Amme konkretisiert auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Wechselwirkung von Kfz-Verkehr und Radverkehr, dass in der Modellierung berücksichtigt wurde, dass besondere Radverkehrsanlagen zulasten des Kfz-Verkehrs führen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Pohler unterstreicht Stadtbaudirektor Leuer, dass in einem umfangreichen Beteiligungsprozess eine ganze Reihe an Maßnahmen ermittelt wurden, die ergebnisoffen geprüft werden. Mit diesen Maßnahmen erhofft er sich eine weitere Verbesserung der Ergebnisse. Bis zum Jahresende 2024 plant die Verwaltung, den Gremien ein Ergebnis vorzulegen und ersten Quartal 2025 einen Beschluss über den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) zu ermöglichen. Den intensiven Austausch in den Arbeitskreisen sagt Stadtbaudirektor Leuer zu fortzusetzen. Wesentliche Gruppierungen und Kreise der Braunschweiger Stadtgesellschaft sind im MEP-Prozess bereits eingebunden. Einzelgespräche mit Verbänden werden geführt, auch wiederholt. Hinsichtlich der konkret nachgefragten Teilnahme von Herrn Dr. Utermöhlen an einer Sitzung dieses Ausschusses, um seine Auffassung darlegen zu können, verweist Stadtbaudirektor Leuer auf die Entscheidung der Ausschussmitglieder. Herr Dr. Utermöhlen ist bereits sowohl über die Industrie- und Handelskammer Braunschweig als auch den Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V. mit seiner Expertise im MEP-Prozess involviert.

Frau Ratsfrau Kluth fragt, welche MEP-Maßnahmen nicht im Haushalt abgebildet sind. Herr Stadtbaudirektor Leuer antwortet, dass hier zunächst die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen abgewartet werden müssen und dass der MEP eine Prognose auf die Zukunft ist und die für die Umsetzung des MEP als sinnvoll identifizierten Maßnahmen im Haushalt entsprechend hinterlegt werden müssen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24182 wird zur Kenntnis genommen.

5.3. 14. Kompaktbericht Stadtbahnausbau

24-24227

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 24-24227.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zum Teilprojekt 1 – Volkmarode Nord erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass die Auslegung im August/September (Wendeanlage Griesmarode) bzw. September/Oktober (Neubau der Stadtbahnstrecke nach Volkmarode-Nord) erfolgt, auch wenn die Stadtverwaltung aktuell noch nicht Eigentümerin aller betreffenden Flächen ist. Gespräche zum Grunderwerb laufen parallel zum Planfeststellungsverfahren weiter.

Zur Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Bürgerbeteiligung beim Teilprojekt 1 verweist Herr Wiegel auf das Planfeststellungsverfahren, bei dem eine Bürgerbeteiligung formal vorgeschrieben ist. Erst nach dem Planfeststellungsbeschluss sei mit dem Vorliegen einer Ausführungsplanung eine „freiwillige“ Bürgerbeteiligung sinnvoll. Ein Zeitrahmen kann hierfür aktuell nicht benannt werden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24227 wird zur Kenntnis genommen.

5.5. Mündliche Mitteilungen

5.5.1

Stadtbaudirektor Leuer informiert über die in der Sitzung dieses Ausschusses am 28. Mai 2024 angekündigte Bewerbung der Tiefbauverwaltung als Testgemeinde für das AcceleRAD-Programm des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH. Die Gesellschaft hat der Tiefbauverwaltung zwischenzeitlich mitgeteilt, dass andere Testgemeinden zur Teilnahme an diesem Projekt ausgewählt wurden.

Protokollnotiz: Im Anschluss an diese Mitteilung unterrichtet die Ausschusssitzende die Sitzung für eine Sitzungspause von 16:48 Uhr bis 17:01 Uhr.

6. Anträge

6.1. Erweiterung Pilotprojekt Fahrradpiktogramme

24-23916

Ratsherr Dr. Plinke bringt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Antrag 24-23916 ein und begründet diesen.

Bürgermitglied Dr. Schröter informiert über Evaluationen von Verwaltung und Technischer Universität Braunschweig auf der Saarbrückener Straße. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass nach Aufbringung der Piktogramme hier vermehrt Radfahrende auf der Fahrbahn fahren würden und die Rücksichtnahme deutlich zugenommen habe. Piktogramme wären aus seiner Sicht auch für die Saarstraße eine gute Möglichkeit zur Verdeutlichung, dass hier Radfahrende auf der Fahrbahn fahren.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass gegen eine Ausweitung des Pilotprojektes Saarbrückener Straße auch auf die Saarstraße aus Sicht der Verwaltung keine Bedenken bestehen und verweist auf Studien der Bergischen Universität Wuppertal und der Technischen Universität Dresden, die zu dem Ergebnis kommen, dass durch Piktogramme sowohl die subjektive, wie auch die objektive Sicherheit von Radfahrenden zunimmt und die Anzahl an Konflikten zwischen Auto- und Radfahrenden abnimmt.

Ratsfrau Hahn erinnert, dass der Stadtbezirksrat 321 Lehndorf-Watenbüttel dem Antrag 24-23393 nicht zugestimmt hat. Aus diesem Grunde erklärt sie für die SPD-Fraktion, dem Antrag 24-23916 nicht zustimmen zu können.

Stadtbaudirektor Leuer bietet an, die Studien der Bergischen Universität Wuppertal und der

Technischen Universität Dresden dem Stadtbezirksrat 321 zur Verfügung zu stellen.

Protokollnotiz: Die Informationen wurden den Mitgliedern des Stadtbezirksrats 321 mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 24-24353 zur Verfügung gestellt.

Aus Sicht von Ratsherr Sommerfeld könnten in zahlreichen weiteren Verkehrsbereichen im Stadtgebiet Piktogramme aufgebacht werden und nennt hier exemplarisch die Sonnenstraße.

Aus Sicht von Stadtbaurat Leuer ist es denkbar, Fahrradpiktogramme dort aufzubringen, wo, z. B. die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben wurde. Eine „inflationäre“ Verwendung sieht er hingegen kritisch.

Ratsherr Kühn bittet die Verwaltung, die Studien der Bergischen Universität Wuppertal und der Technischen Universität Dresden auch diesem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Protokollnotiz:

Kurzbericht zum Forschungsvorhaben „Radfahren bei begrenzten Verhaltnissen – Wirkung von Piktogrammen und Hinweisschildern auf Fahrverhalten und Verkehrssicherheit“

https://www.svpt.uni-wuppertal.de/fileadmin/bauing/svpt/Forschung/Projekte/Kurzbericht_Piktogramme.pdf

Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben „Radfahren bei begrenzten Verhältnissen – Wirkung von Piktogrammen und Hinweisschildern auf Fahrverhalten und Verkehrssicherheit“
https://www.svpt.uni-wuppertal.de/fileadmin/bauing/svpt/Forschung/Projekte/Forschungsbericht_Piktogramme_3.pdf

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Antrag 24-23916.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag 24-23916 zur Abstimmung.

Beschluss:

Das Pilotprojekt Fahrradpiktogramme wird erweitert. Auf der Saarstraße (zwischen Saarbrückener Straße und Hannoversche Straße) in Lehndorf werden Fahrradpiktogramme in beiden Fahrtrichtungen aufgebracht, diese sollen größer sein als die Piktogramme auf der Saarbrückener Straße.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 4

6.2. Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen

24-24242

Ratsherr Pohler bringt den Antrag 24-24242 der CDU-Fraktion ein und begründet diesen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth regt an, sich bei der folgenden Beratung des Antrags im Wesentlichen auf den Aspekt der Mobilität zu beschränken, die der Zuständigkeit dieses Ausschusses obliegt

Ratsherr Köster verweist auf die geringe Entwicklung der Zulassungszahlen bei Elektrofahrzeugen und appelliert an die Stadtverwaltung, obgleich nur geringer Einflussmöglichkeiten, ihren Anteil beizutragen, um die Zulassungszahlen in diesem Fahrzeugsegment zu steigern.

Ratsfrau Hahn kündigt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrag 24-24242 an, da dieser nach ihrer Auffassung rückwärtsgewandt sei. Auch würde durch den Antrag versucht, den ÖPNV gegen die Velorouten auszuspielen.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrag 24-24242 an und verweist in seiner Begründung u.a. auf das Pariser Klimaschutzzab-

kommen und die Empfehlungen des Weltklimarats, die dem vom Rat beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK) zugrunde liegen. Hinsichtlich der Zulassung von Elektrofahrzeugen bedauert er die nur langsame Entwicklung. Obgleich beim Ausbau der Elektromobilität der Konzessionsvertrag nicht ausgeschöpft würde, empfindet er den aktuellen Ausbauumfang jedoch als ausreichend.

Ratsherr Köster verdeutlicht, dass mit Punkt 9 des Antrags die Prioritäten gewechselt und mit den Punkten 1 bis 8 über die Ziele des IKS K sogar hinausgegangen werde. Mit den Vorschlägen werde die Treibhausgasneutralität aus seiner Sicht früher erreicht, da die genannten Maßnahmen bei der Reduktion entschieden weiterhelfen würden.

Ratsherr Wirtz hinterfragt, ob die im Antrag vorgesehenen großzügigeren Retentionsflächen tatsächlich erforderlich sind. Er habe nicht den Eindruck, dass ein Mangel an Retentionsflächen bestehe.

Ratsherr Kühn hebt hervor, dass sich die Ratsfraktionen beim Antrag zum IKS K über das ambitionierte Ziel einer Treibhausgasneutralität bis 2030 bewusst waren. Aus diesem Grunde wurde hier eine Treibhausgasneutralität „nach Möglichkeit“ bis 2030 vorgesehen. Mit dem Ratsbeschluss zum IKS K sei der Verwaltung zur Umsetzung zudem ein großer Spielraum eingeräumt worden, um die Ziele zu erreichen. Den Antrag 24-24242 werde er ablehnen, da dieser nicht zielführend sei.

Aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko sind die Klimaschutzziele anders als im Antrag 24-24242 formuliert, nicht falsch gesetzt. Aus ihrer Sicht ist es verantwortungslos, mit den im Antrag genannten Vorschlägen die Ziele zu ändern, einen anderen Zeithorizont in den Fokus zu nehmen und damit für Verunsicherung bei Verwaltung und Zivilgesellschaft zu sorgen.

Nach Auffassung von Ratsherr Pohler haben unrealistisch formulierte Ziele die Konsequenz, dass diese von den Menschen weniger ernst genommen würden. Entscheidender Faktor ist für ihn, die Maßnahmen umzusetzen, die beeinflussbar und effektiv sind.

Ratsherr Möller erklärt, dass die rot-grüne Ratsmehrheit zu der Frage, wann Braunschweig spätestens klimaneutral sein soll, keine Antwort gebe. Im Antrag 24-24242 werde mit „spätestens 2045“ dazu hingegen eine Aussage getroffen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag 24-24242 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Ziele für die Treibhausgas-Reduktion in Braunschweig werden wie folgt neu festgesetzt:

1. Kommunale Verwaltung bis 2035 100 % Treibhausgasneutralität (vorbehaltlich der Umstellung der Fernwärme auf treibhausgasneutrale Versorgung)
2. Stadt Braunschweig insgesamt mindestens 80 % bis 2040 (bezogen auf 1990), vollständige Reduktion bis spätestens 2045 (vorbehaltlich der Umstellung der Fernwärme auf treibhausgasneutrale Versorgung)

Zur Erreichung dieser Ziele werden vorrangig zunächst die in der Begründung aufgeführten Maßnahmen umgesetzt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 3 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

6.3. Umbau Ölper Kreuz

6.3.1. Umbau Ölper Kreuz

24-24273

24-24273-01

Protokollnotiz: Ratsherr Disterheft verlässt um 17:49 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Arning bringt den gemeinsamen Antrag 24-24273 der Fraktion BIBS und der Grup-

pe Die FRAKTION. BS ein und begründet diesen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth verweist auf die zum Antrag vorliegende Stellungnahme 24-24273-01 der Verwaltung.

Ratsherr Dr. Plinke erinnert an die frühere und nicht zur Umsetzung gelangte Planung zur Verlängerung der Autobahn A392 über die Anschlussstelle BS-Hamburger Straße hinaus in Richtung Osten. Da diese Weiterführung der A392 planerisch nicht mehr verfolgt werde, werde der Überflieger nicht mehr benötigt. Er kündigt seine Unterstützung des Antrags 24-24273 an.

Ratsfrau Jalyschko erkennt in dem erforderlichen Planfeststellungsverfahren für eine zusätzliche indirekte Rampe („Ohr“) am Kreuz Ölper als eine nicht-provisorische Nutzung keinen zeitlichen Nachteil im Vergleich zu dem von der Autobahn GmbH des Bundes (AdB) vorerst zurückgestellten Projekt.

Ratsherr Kühn kündigt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrags 24-24273 an. Er verdeutlicht die erheblichen verkehrlichen Auswirkungen auf das Ringgebiet im Falle einer möglichen Sperrung des Überfliegers und spricht sich deshalb für eine zügige Realisierung des vierten „Ohrs“ als Provisorium durch die AdB aus. Ein funktionsfähiger zweispuriger Überflieger hat aus Sicht von Ratsherr Kühn Auswirkungen auf die Verkehre in der Innenstadt. Er fragt, ob dies im Verkehrsmodell simuliert werden kann.

Stadtbaudirektor Leuer verweist auf nicht beherrschbare verkehrliche Auswirkungen für das Stadtgebiet durch eine Sperrung des Überfliegers, die durch Baumaßnahmen im öffentlichen Raum im Kontext der kommunalen Wärmeplanung verstärkt würden. Das provisorische „Ohr“ sei nicht richlinienkonform, diene nur einer Baustellenführung und würde durch die AdB in dieser Form nicht realisiert. Er spricht sich dafür aus, die Baumaßnahme der AdB nicht aufzuhalten, um für die Mobilität in den nächsten Jahren in der Stadt Braunschweig eine Lösung zu erreichen. Die von Ratsherr Kühn gewünschte Simulation erscheint in der jetzigen Phase des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) nicht möglich.

Ratsherr Sommerfeld macht auf eine Pressemitteilung des Betriebsratsvorsitzenden der AdB zu den die AdB betreffenden Haushaltsumittelkürzungen und den aktuellen Sanierungsstau bei Brückenbauwerken aufmerksam. Eine Realisierung des Überfliegers sei daher unsicher. Eine alternative Variante führe möglicherweise zu geringeren Projektkosten wodurch die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung dieser Maßnahme steigen könne.

Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht das Risiko eines Ratsbeschlusses über den Antrag 24-24273. Von einer Kommune abgelehnte Projekte können eine Streichung oder ein Zurückfallen auf der Prioritätenliste des Vorhabenträgers zur Folge haben. Ob und wann eine Realisierung des Überfliegers durch die AdB erfolgt, sei aktuell unklar.

Ratsfrau Arning weist auf die Errichtung des Überfliegers zur Abwicklung der Verkehre im Rahmen der früher geplanten Weiterführung der Autobahn A392 über die Anschlussstelle BS-Hamburger Straße hinaus in Richtung Osten hin. Da diese Weiterführung der A392 planerisch nicht mehr verfolgt werde, werde der Überflieger nicht mehr benötigt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag 24-24273 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt den Neubau der Überfliegerbrücke BSN 1 am Autobahnkreuz Ölper Kreuz ab. Stattdessen sollte eine vierte Verbindungsrampe („Ohr“) als Dauerlösung für die Auffahrt der A392 auf die A391 Richtung Kassel errichtet werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, diese Ablehnung der Autobahn GmbH und dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr zu übermitteln.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, alle rechtlichen Schritte zu überprüfen, um einen Neubau der BSN 1 zu verhindern.

Ergebnis zu Stellungnahme 24-24273-01:

Die Stellungnahme 24-24273-01 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 24-24273 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 4 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

- | | |
|--|-------------|
| 7. Ideenportal - Sichere Überquerungsmöglichkeit am Campus Forschungsflughafen | 23-22444 |
| 7.1. Ideenportal - Sichere Überquerungsmöglichkeit am Campus Forschungsflughafen | 23-22444-02 |

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 18:15 Uhr die Sitzung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-22444-02 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Einrichtung eines Fußgängerüberweges sowie der Umsetzung der notwendigen baulichen Maßnahmen auf der Hermann-Blenk-Straße in Höhe Hausnummer 21 A wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | |
|---|----------|
| 8. Ideenplattform - Idee: Leerstände für Fahrradabstellmöglichkeiten nutzen | 24-23869 |
|---|----------|

Ratsherr Dr. Plinke kündigt seine Ablehnung des Vorschlags, Leerstände für Fahrradabstellmöglichkeiten zu nutzen, an.

Ratsherr Sommerfeld vollzieht die Begründung der Verwaltung in der Stellungnahme 24-23869 nach und bittet um eine Darstellung, wo in der Innenstadt Fahrradabstellanlagen vorhanden sind.

Protokollnotiz: Ein Lageplan mit den gekennzeichneten Stellplätzen (rot) und eine tabellarische Übersicht mit Angabe der Örtlichkeit und der Abstellplatzanzahl sind diesem Protokoll als Anlage beigelegt. Innerhalb der Okerumflut befinden sich 2.478 Fahrradständer für 3.143 Fahrräder (Bügel bieten immer zwei Fahrrädern Platz). Die Verwaltung wird dem Ideengeber den Plan und die Liste zur Verfügung stellen.

Ratsfrau Kluth sensibilisiert die Verwaltung hinsichtlich des Entfalls von Fahrradabstellflächen durch den Abbau von Fahrradständern im Zusammenhang mit innerstädtischen Baustellen (z. B. Vieweghaus).

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-23869 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Dem Vorschlag „Leerstände für Fahrradabstellmöglichkeiten zu nutzen“ aus dem Beteiligungsportal „mitreden“ vom 1. Mai 2024 wird nicht zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Sanierung der Ernst-Böhme-Straße zwischen Hansestraße und Wendener Weg 24-24107

Ratsfrau Kluth bittet um Überprüfung der Notwendigkeit eines in Anlage 2 der Vorlage eingezeichneten Pollers im Verlauf der westlichen Radwegfurt über die Ernst-Böhme-Straße.

Protokollnotiz: *Der Poller wurde an dieser Stelle vorgesehen, um die Möglichkeit des Befahrens mit Kraftfahrzeugen auszuschließen. Nach erneuter Prüfung wird die Verwaltung hier zunächst keinen Poller setzen und das Fahrrad-Piktogramm näher am Fahrbahnrand positionieren. Sofern sich diese Möglichkeit bewährt und kein Fehlverhalten einstellt, wird die Verwaltung auf das Setzen des Pollers verzichten.*

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-24107 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Planung und dem Umbau der Ernst-Böhme-Straße gemäß der Anlagen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Anfragen

10.1. Fahrradparken am Hauptbahnhof 24-24270
10.1.1.Fahrradparken am Hauptbahnhof 24-24270-01

Herr Wiegel informiert auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth über die vorgesehene Überdachung der Anlage und eine geplante Inbetriebnahme ab 2025. Die Übertragung der Anlage an einen Betreiber gestalte sich aktuell allerdings schwierig.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24270-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Kampagne "Mehr Miteinander... BITTE" 24-24269
10.2.1.Kampagne "Mehr Miteinander... BITTE" 24-24269-01

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth erklärt Herr Wiegel, dass über künftige Standorte der Promowalls nach Ende der Kampagne noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Ratsherr Dr. Plinke regt hierzu an, sich nicht nur auf Stellen mit Konflikten zwischen Radfahrenden und Zufußgehenden zu beschränken, sondern auch Konfliktstellen zwischen Radverkehr und Kfz-Verkehr zu berücksichtigen.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24269-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Mündliche Anfragen

10.3.1

Ratsherr Wirtz fragt unter Bezugnahme auf die Stellungnahme 24-23607-01 zur Veloroutenplanung in der Museumstraße/Helmstedter Straße nach dem Sachstand der Entwicklung des Parkraummanagementkonzeptes und welcher Personenkreis beteiligt bzw. eingebunden werde.

Stadtbaudirektor Leuer informiert über die abgeschlossene Grundlagenermittlung, zu der z. B. Daten einer Parkraumerhebung aus April 2024 ausgewertet und eine Kartierung der Ge-

bäudenutzungen durchgeführt wurden. In der Verwaltung sind die Bereiche Planung, Verkehrsbehörde und Verkehrsüberwachung beteiligt. Die Bürgerschaft wird über die öffentliche Informationsveranstaltung eingebunden.

10.3.2

Zur Frage von Ratsherr Köster, ob die im Bereich des Fritz-Bauer-Platzes vorhanden gewesenen Motorrad-Stellplätze wie vorgesehen in der Straße Hagenscharrn eingerichtet werden und wann dies erfolgt, sagt die Verwaltung eine Beantwortung als Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz: *Es wurde ein Motorrad-Stellplatz am östlichen Ende des Hagenscharrn (Nordseite) als Ersatz für den am Fritz-Bauer-Platz entfallenen Stellplatz angeordnet.*

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:46 Uhr.

gez. Kluth Kluth - Vorsitz -	gez. Leuer Leuer - Stadtbaurat -	gez. Herlitschke Herlitschke - Stadtrat -	gez. Ender Ender - Schriftführung -
------------------------------------	--	---	---